

*Die Reform in der Sackgasse der politischen Selbst-Beschau - oder mehr Demokratie wagen !*

1. Nachdem der Entwurf eines neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 3.2. vom BMFSFJ seitdem weder autorisiert noch dementiert wurde, führt kein Weg daran vorbei ihn ernst zu nehmen.

Auch wenn inzwischen bekannt wurde, dass die CDU - Bundestagsfraktion ihn nicht mit tragen will und auch die Unterstützung in den Ländern bröckelt, ist die Gefahr, dass der Entwurf noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, zwar geringer geworden aber noch nicht gebannt.

Er steht immer noch auf der Liste der Vorhaben -Planung für die laufende Legislaturperiode.

2. Weiter existent ist die hinter dem Entwurf stehende Haltung einer durch staatliche Steuerung und Kontrolle geprägten Gestaltungsvorstellung der Kinder- und Jugendhilfe und die mangelnde Bereitschaft, den notwendigen Ausbau einer Armutspräventiven Infrastruktur und der substanziellen Stärkung der Kinder-Rechte durch Veränderung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

3. Der Druck, den die gesamte Fach- Ebene der Kinder- und Jugendhilfe erzeugt hat, hat Wirkungen gezeigt , die zu Änderungen in den Regelungen, im Zeitablauf und im Verfahren geführt haben und sich von der Arbeits- Fassung von 23.8. dadurch abheben, das ein Teil der geplanten Verschlechterungen nicht mehr Teil des Gesetzesentwurfes sind.

Der Geist des Gesetzes ist aber der Gleiche geblieben.

Deshalb darf diese Beurteilung nicht den Blick dafür verstellen, dass auch der neue Entwurf nicht den Anforderungen an eine Reform gerecht wird

4. Offensichtlich ist, dass das BMJFSFJ den fachlichen und politischen Diskurs zur SGB VIII - Reform nicht öffentlich auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Düsseldorf führen will. Bisher ist in Düsseldorf als Veranstaltung des BMFSFJ dazu lediglich eine One –Man Show am 29.3. von 9 Uhr - 11 Uhr vorgesehen, wo Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek als einziger Referent dem erlauchten Publikum erläutern will, dass sich die geplanten Änderungen aus Erkenntnissen von Wissenschaft und Praxis herleiten - so die Programm- Ankündigung.

Dies ist umso erstaunlicher, als dass alles was Rang und Namen hat aus Praxis und Forschung genau dies bestreitet.

Die Internet - Plattformen und Fachzeitschriften sind voll von kritischen Stellungnahmen aber ein Diskurs dazu mit Praxis und Wissenschaft ist nicht vorgesehen.

Eine Diskussionsleitung ist ebenfalls nicht vorgesehen weil auch keine Diskussion mit dem Plenum stattfinden soll, Kooperationspartner gibt es nicht weil ja es nur eine Botschaft gibt, die es zu verkünden gilt.

Es gibt auch keine Ko-Referenten, die andere Positionen vertreten könnten.

Zu diesem Demokratieverständnis gibt es keinen historischen Vergleich in der Geschichte der Jugendhilfetage, wenn weitgehende politische Veränderungen auf der Agenda standen. Oh wie kleinmütig !

Wie forderte doch einst Willy Brandt: Mehr Demokratie wagen !

Wenn das BMJFSJ davon überzeugt ist, den Reform- Entwurf auch öffentlich vertreten zu können, dann soll das auch geschehen und zwar da wo der Ort ist, um die großen Diskurse

über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe und veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu führen - auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag. Dazu brauchen wir aber Diskurse und keine Monologe, bei denen die Beteiligungsmöglichkeiten geringer sind als die einer Gemeinde beim Gottesdienst.

Da müssen wir gemeinsam gegen halten.

Wenn etwas politisch ist, dann ist es diese Reform !

5. Die Ankündigung, das Thema Finanzierung der Jugendhilfe erst in der nächsten Legislaturperiode anzugehen zeigt, dass das Reformvorhaben weiter unter dem Diktat der unzureichend gestalteten Finanz-Beziehungen zwischen Bund und Ländern und Kommunen steht, was insbesondere den Verzicht auf eine eigenständige Stärkung der Infrastruktur verhindert und zwangsläufig zu Widersprüchen zwischen Reform-Ansprüchen und deren Umsetzbarkeit führen wird.

Insbesondere kann so nicht die kommunale Handlungsfähigkeit einer präventiven Kommunalpolitik gegen die Armut und ihre Folgen in der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden.

6. Den Diskurs über die Ursachen und Folgen von Armut und ihre Bekämpfung brauchen wir aber als Orientierungsrahmen für eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe.

Wenn, wie zurzeit alles darauf hinausläuft, dass eine neue gesellschaftliche Debatte zum Thema Gerechtigkeit geführt wird - auch, aber nicht nur als ein Thema des Bundestags-Wahlkampfes - ist es notwendig, dass die Kinder- und Jugendhilfe sich einmischt.

Es geht um soziale Ausgrenzung und um Bildungsbenachteiligung in allen Politikbereichen und um die Rolle, die die Kinder- und Jugendhilfe dabei spielen kann und soll.

Dazu brauchen wir einen breit angelegten Vorlauf, der jetzt beginnen sollte um ihn in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen und dann die Reform gemeinsam auf den Weg zu bringen. Wir müssen den Diskurs um die Reform der Kinder- und Jugendhilfe mit der Frage der Finanzierung und dem Thema Armuts-Bekämpfung verbinden und dürfen die Chance einer umfassenden echten Reform nicht durch eine kleine Novelle verspielen.

Vor allem aber müssen wir selber, die haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte in Praxis, Lehre und Forschung hier und heute den Einmischungs-Auftrag des § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erfüllen:

*Jugendhilfe soll dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.*

Dr. Wolfgang Hammer 06.03.2017